



Für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik

DIE LINKE.
Kreisverband Essen

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Kreisverband DIE LINKE. Essen legt dem Bundesparteitag nach gründlicher interner Debatte das vorangestellte Positionspapier zur Migrationsfrage vor. Der Bundesparteitag als höchstes Gremium der Partei möge mit der Beschlussfassung ein nach außen wie innerparteilich deutlich sichtbares Zeichen gegen Rassismus setzen.

Wir berufen uns vor allem auf das Grundsatzprogramm unserer Partei, in dem es heißt: *„Allen in Deutschland lebenden Menschen ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Gesundheitsversorgung zu garantieren. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“* (Erfurter Programm, Seite 52)

Wir wollen, dass unsere Partei diese grundlegende Haltung mit einem solchen Positionspapier argumentativ untermauert und damit in die gesellschaftliche Debatte eingreift. Denn Migration, gleich aus welchem Grund, ist so alt wie die Menschheit. Wir alle sind zu 100 Prozent Nachfahren von Migrant*innen! Wer dies verleugnet, verleugnet sich selbst.

Doch vom Grundsatz der offenen Grenzen wurde in den vergangenen zwölf Monaten immer wieder abgewichen. Internationalismus und Klassen-solidarität wurden nationale Borniertheit, Chauvinismus und Kurzsichtigkeit entgegengestellt. Der vorliegende Antrag soll dazu dienen, unsere LINKEN Grundsätze in Erinnerung zu rufen und uns die Weitsicht zu geben, sie zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Als LINKE stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet werden – für uns ist die internationale Klassen-solidarität ausschlaggebend. *„Was bedeuten Grenzen? Was sind Grenzen? Was bezwecken Grenzen? [...] Wir Arbeiter haben keine Grenzen nötig; diese dienen nur gewissen Schichten jedes Landes, denen alle Mittel gut genug sind, die Völker zu verhetzen.“* (Karl Liebknecht)

Auch der siebte Kongress der 2. Internationale fasste 1907 richtigerweise zusammen: *„Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“* Der Kapitalismus hat

sich seit den Zeiten Liebknechts weiterentwickelt – dennoch bleiben die Feststellungen richtig.

Entsprechend ist ein Einwanderungsgesetz weder damals noch heute ein linkes Konzept, sondern vielmehr das Produkt eines neoliberalen Nützlichkeitsrassismus, der Menschen im Sinne der herrschenden Klasse danach bewertet, wie viel Profit man aus ihnen ziehen kann. Denn wer sagt, wer kommen darf, sagt im gleichen Atemzug, dass es auch eine Gruppe gibt, die nicht kommen darf. Wenn dem nicht so wäre, bräuchte man kein Einwanderungsgesetz.

Diese verstoßen tagtäglich gegen LINKE Programmatik. Doch auch die Konzeption eines neuen Einwanderungsgesetzes macht es nicht besser. Wenn im Papier der ostdeutschen Landesverbände behauptet wird, man würde Abschiebungen nur in Staaten vollziehen, die eine menschenwürdige Existenz zusagen, dann unterscheidet sich das im Ergebnis kaum vom aktuellen Stand der Politik. Im ostdeutschen Papier heißt es, eine zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht sei zulässig. Inwiefern passt dies zu einer Politik, die international und klassensolidarisch organisiert ist und die die Menschenrechte ernst nimmt?

Darum, liebe Genossinnen und Genossen, bitten wir euch, dem Migrationspapier zuzustimmen. Wir bitten euch, DIE LINKE für eine zukunftsorientierte und solidarische Migrationspolitik aufzustellen. Wer im 21. Jahrhundert noch der Meinung ist, mit Abschiebungen oder „Migrationskontrolle“ Einwanderung regeln zu können, begibt sich mit voller Absicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Logik.

Mit der Annahme dieses Antrags kann es der Partei DIE LINKE zum einen gelingen, die Irritationen innerhalb der Partei auszuräumen, welcher Kurs denn nun eigentlich gefahren werden soll. Zum anderen benötigen die vielen Initiativen in der Gesellschaft, in denen ehrenamtlichen Helfer*innen die Geflüchteten unterstützen, ein Signal, das ihr Engagement würdigt und untermauert, indem wir argumentatives Rüstzeug bieten. Eine Gesellschaft, die in ihrer Haltung gegenüber Migration schwankt oder gar vollständig in rechtes Fahrwasser zu geraten droht, braucht eine starke und wirkmächtige Positionierung von links!

Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Es folgt der Antrag.

1 Für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik

2
3
4
5 „Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.
6 Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande
7 wie ein Mensch.

8 Ein Mensch kann überall zustande kommen,
9 auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund,
10 aber ein Pass niemals.

11 Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist,
12 während ein Mensch noch so gut sein kann
13 und doch nicht anerkannt wird.“

14
15 Bertolt Brecht, *Flüchtlingsgespräche* (1940/41)

16
17
18
19
20 Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet werden.
21 Für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend: „Die Grenzen verlaufen nicht zwischen
22 den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“

23 24 Migration ist ein Teil der Menschheit

25
26 Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd über die Welt
27 ausgebreitet. Nach der „Out-of-Africa“-Theorie entstammt die Menschheit aus dem heutigen Afrika. Vor
28 wahrscheinlich 70.000 bis 110.000 Jahren wanderten unsere direkten Vorfahren nach Mesopotamien und
29 von dort in die ganze Welt hinaus.

30
31 Auch nach der Besiedlung des gesamten Globus wanderten die Menschen von Kontinent zu Kontinent, von
32 Weltteil zu Weltteil. Diese Wanderungsbewegungen ziehen sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte,
33 auch in der jüngeren Zeit. Von der Völkerwanderung der Spätantike bis zu den großen Migrations-
34 bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts in die USA und andere Länder des damals fortgeschrittenen
35 Kapitalismus.

36
37 Natürlich hat sich die Ab- und Zuwanderung von Menschen durch die Etablierung des Kapitalismus ver-
38 ändert. Einwander*innen werden als Lohndrücker*innen missbraucht, Arbeiter*innen werden gegenein-
39 ander ausgespielt, und der Rassismus wird geschürt. Gegen diese modernen Tendenzen werden wir aktiv.

40 41 Humanismus, Menschenrechte und Solidarität

42
43 Als LINKE stehen wir in der Tradition des Humanismus. Als die Menschen in Westeuropa die Fesseln des
44 Feudalismus sprengten, taten Sie dies unter der Losung der Freiheit und Gleichheit aller. Die universellen
45 Menschenrechte leiten sich daraus ab: Wenn jeder Mensch frei und gleich geboren ist, dann hat jeder
46 Mensch, unabhängig von Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung, das selbstver-
47 ständliche Menschenrecht auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, das Recht auf ein
48 Leben in Würde, das Recht auf Wasser, Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf. Jeder Mensch hat
49 das Recht, über das eigene Leben zu bestimmen, die Wohnung oder die Arbeit frei zu wählen, das Recht auf
50 sexuelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch hat folglich auch das Recht, in Frieden und Wohlstand zu leben.

51
52 Im Kapitalismus sind die Menschenrechte immer in Gefahr. In einer Gesellschaft, die weltweit auf
53 Ausbeutung beruht, auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, auf der Spaltung zwischen arm und reich,

54 werden die Ärmsten in aller Welt zu Opfern der Strategien des internationalen Großkapitals. Mit ihren
55 Waffenexporten, mit ihren Kriegen in aller Welt, mit ihren umweltzerstörenden Technologien und ihren
56 ausbeuterischen Arbeitsbedingungen erzeugen die „reichen“ Länder erst die Fluchtbewegungen, die sie
57 anschließend beklagen. Als LINKE wissen wir, dass erst eine andere Gesellschaftsordnung die Bedingungen
58 dafür schafft, die Menschenrechte universell durchsetzen zu können.

59
60 Damit sind wir bei Karl Marx, der dazu aufrief: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Den Ärmsten, den
61 Ausgebeuteten, den Geknechteten dieser Welt gilt unsere Solidarität. Offene Grenzen für alle sind die
62 einzig richtige Konsequenz auf die Krisen dieser Welt. Wie können wir Menschen verweigern, sich dort
63 niederzulassen, wo sie ein besseres Leben erwarten, vor allem, wenn sie selbst für die Umstände nicht
64 verantwortlich sind: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien
65 Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und
66 überlieferten Umständen.“ (Karl Marx)

67 68 **Nein zum Einwanderungsgesetz**

69
70 Der siebte Kongress der 2. Internationale fasste richtigerweise zusammen: „Die Ein- und Auswanderung der
71 Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit,
72 Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“ Der Kapitalismus hat sich seit Marxens Lebzeiten weiter-
73 entwickelt. Trotzdem bleiben die damaligen Feststellungen richtig. Unter kapitalistischen Bedingungen hat
74 jegliche gesetzliche Regelung von Einwanderung stets einen stark restriktiven Charakter: Sie regelt immer
75 auch, unter welchen Bedingungen Menschen gehen müssen. Das trifft leider auch für das vorliegende
76 Konzept der ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN für ein Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz zu.

77
78 Daraus ergibt sich ein ziemlich konkretes Bild, wie „Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit, Gleichstellung
79 und Teilhabe“ erreicht werden können. Um diese Forderungen durchzusetzen, brauchen wir kein linkes
80 Einwanderungsgesetz. Es ist vielmehr Aufgabe der Linken, gegen ausschließende und diskriminierende
81 Gesetze zu kämpfen. Dieser Kampf kann kein rein parlamentarischer sein, sondern bedarf des Aufbaus
82 gesellschaftlicher Gegenmacht durch soziale Bewegungen, auch und gerade mit Migrant*innen.

83
84 Letztendlich müssten linke Befürworter*innen eines Einwanderungsgesetzes erläutern, welche Kriterien für
85 Einwanderung und Ausschluss ausschlaggebend sind, und die Frage beantworten, ob sie mit ihrer
86 Argumentation nicht einer kapitalistischen Nützlichkeitslogik auf den Leim gehen. Zudem stellt sich die
87 Frage, wie man mit jenen Menschen umgehen möchte, die dennoch einwandern und sich einer solchen
88 Logik nicht unterwerfen wollen. Für uns ist klar: Ein Einwanderungsgesetz ist kein linkes Konzept.

89 90 **Offene Grenzen**

91
92 Natürlich sehen auch wir die Probleme, die Einwanderung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen
93 Bedingungen mit sich bringen kann. Doch wir ergeben uns nicht den Sündenbockrufen und der (Un-)Logik
94 nationaler Kapitalfraktionen, die nach geschlossenen Grenzen rufen. Stattdessen wollen wir die Ursachen
95 für Flucht bekämpfen, die internationale Klassen-solidarität stärken und die Betroffenen nicht chauvinistisch
96 ausgrenzen. Wir halten fest am Erfurter Programm unserer Partei, in dem es heißt: „Wir fordern offene
97 Grenzen für alle Menschen.“ Aus diesem Grund verweigern wir uns der Debatte, wer kommen und wer
98 bleiben darf, und fordern:

- 99
100 1. Abschaffung aller Beschränkungen, die Menschen vom Aufenthalt in diesem Land und den sozialen,
101 politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen.
- 102
103 2. Abschaffung des modernen Grenzregimes, angefangen bei der Festung Europa. Eröffnung legaler
104 Fluchtwege, um Schlepper und kriminelle Organisationen trocken-zulegen.
- 105
106 3. Abschaffung der Praxis der Abschiebung und Wiederherstellung des Asylrechts von vor 1992 als ersten
107 Schritt zur Entwicklung eines uneingeschränkten humanitären Asylrechts im Sinne der Vereinten Nationen.

108 Gleiche Strafen für die gleichen Taten. Sonderstrafatbestände, die nur für einzelne Gruppen gelten, sind
109 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

110

111 4. Abschaffung von Fiktionsbescheinigungen und Kettenduldungen. Vereinfachte Einbürgerung von
112 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Uneingeschränkte Möglichkeit der
113 mehrfachen Staatsbürgerschaft. Straferlass in allen Fällen des Verstoßes gegen das derzeit geltende
114 Aufenthaltsrecht; Entkriminalisierung des illegalisierten Aufenthalts in Deutschland.

115

116 5. Uneingeschränktes Wahlrecht für alle Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die seit
117 mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

118

119 6. Gesetze gegen Lohndrückerei, die verhindern, dass Arbeiter*innen wie Waren von Land zu Land
120 „verschoben“ werden. Wir fordern einen stärkeren gesetzlichen Arbeiter*innenschutz durch Verkürzung
121 des Arbeitstages, eine Anhebung des Mindestlohns auf ein deutlich höheres Niveau ohne Ausnahmen, eine
122 höhere und auskömmliche Rente, Abschaffung sachgrundloser Befristungen, das Verbot von Streikbruch
123 sowie das Recht auf Arbeit.

124

125 7. Uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe. Gesundheits- und
126 Sozialwesen sind so auszubauen, dass alle Menschen die gleiche und ausreichende Daseinsvorsorge in
127 Anspruch nehmen können, niemand bevorteilt und niemand benachteiligt wird.

128

129 8. Bekämpfung von Fluchtursachen: Krieg, Waffenexporte, Klimaveränderung und die Ausbeutung des
130 globalen Südens durch den Norden müssen verhindert werden. Die Verbindung der Kämpfe um Umwelt-
131 schutz, um gute Löhne und gegen Krieg sind essentiell für eine solidarische Welt. Diese Fluchtursachen sind
132 international als legitime Fluchtgründe anzuerkennen und in das Asylrecht aufzunehmen.

133

134 9. Ein solidarisches und bedarfsorientiertes Weltwirtschaftssystem, das die individuellen sowie lokalen
135 Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Für einen guten
136 Lebensstandard weltweit, der die Natur schont und Ressourcen fair verteilt.

137

138 **Wir stehen an der Seite der Menschen, nicht des Kapitals**

139

140 Wir widersprechen an dieser Stelle allen, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen wollen. Wir
141 widersprechen allen, die sich für stärkere Grenzkontrollen, Deportationen/Abschiebungen und Einwande-
142 rungsbeschränkungen aussprechen.

143

144 Stattdessen stellen wir uns in die Tradition von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin
145 und anderen Teilen der Linken, die sich stets gegen Rassismus, Chauvinismus und Migrationsbeschrän-
146 kungen eingesetzt haben und es auch heute noch tun.

147

148 Der Kampf um die Gleichstellung aller in Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe,
149 Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung, ist nach wie vor das beste Mittel gegen
150 die mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Spaltung und Ausbeutung.

151

152

153

154

155


156

157

158

159

160 *Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE. Essen vom 3. Februar 2018, redigiert in dessen Auftrag von einer*
161 *für alle Mitglieder offenen Arbeitsgruppe.*



**„Was bedeuten Grenzen?
Was sind Grenzen? Was
bezwecken Grenzen? [...] Wir Arbeiter haben keine
Grenzen nötig; diese
dienen nur gewissen
Schichten jedes Landes,
denen alle Mittel gut
genug sind, die Völker zu
verhetzen.“**

Karl Liebknecht

DIE LINKE.
Kreisverband Essen